

Eupack Kft.

Kartonagefranz.at AGB

Inhalt

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	3
1. DIENSTLEISTERDATEN:	4
2. ALLGEMEINVERFÜGUNGEN:	5
3. REGISTRATION/KAUF	6
4. SORTIMENT, DIENSTLEISTUNGENUNDPREISE	7
5. ABLAUF DER BESTELLUNG	8
6. DIE BEARBEITUNG UND LEISTUNG DER BESTELLUNGEN	11
7. WIDERRUFSSRECHT	13
8. GARANTIE, GEWÄHRLEISTUNG	17
9. VERFAHRUNG BEI EINEM GEWÄHRLEISTUNGSANSPRUCH (BEI BENUTZERN, DIE ALS VERBRAUCHER GELTEN)	25
10. GEMISCHTE BESTIMMUNGEN	26
11. BEARBEITUNG VON BESCHWERDEN (BEI BENUTZERN, DIE ALS VERBRAUCHER GELTEN)	28
12. URHEBERRECHTE	31
13. DATENSCHUTZ	32
Widerrufserklärungsmuster	33

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Der Vertrag, der gemäß dem vorliegenden Dokument zustande gekommen ist, wird nicht registriert (nachträglich ist er nicht zu erreichen, der Vertragsschluss wird durch die Bestelldaten bestätigt), kommt mit Rechtsangabe zustande, die man mit konkludentem Verhalten getan hat, es gilt nicht als schriftlicher Vertrag, wird ungarisch geschrieben, verweist nicht auf einen Verhaltenskodex. Bei Fragen, die mit der Funktionalität, des Bestell- und Lieferprozesses des Webshops zusammenhängen, stehen wir unter unseren angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.

Die Geltung der vorliegenden AGB gilt für die Rechtsverhältnisse, die auf der Webseite und den Unterdomänen des Dienstleisters (<https://www.kartonagefranz.at>) geschehen. Vorliegende AGB ist auf der folgenden Webseite immer zu erreichen (von der Webseite ist sie immer herunterzuladen und zu drucken): <http://www.kartonagefranz.at/aszf>.

Definitionen:

Benutzer: Jegliche natürliche, juristische Person oder Organisation, welche die Dienstleistungen des Dienstleisters in Anspruch nimmt, mit dem Dienstleister einen Vertrag schließt.

Verbraucher: Der Benutzer ist eine außer seinem Beruf, selbstständiges Ressort oder geschäftlicher Tätigkeit verfahrenende natürliche Person.

Unternehmer: Eine im Rahmen seines Ressorts, selbstständigen Berufes oder geschäftlicher Tätigkeit verfahrenende Person.

Dienstleister: Eine natürliche bzw. juristische Person oder eine Organisation ohne Rechtspersönlichkeit, die eine mit der Informationsgesellschaft zusammenhängender Dienstleistung gewährleistet, für den Benutzer Dienstleistungen leistet, mit dem Benutzer einen Vertrag schließt.

1. DIENSTLEISTERDATEN:

Name des Dienstleisters: Eupack Kft.

Standort des Dienstleisters (gleich wie der Ort der Beschwerdeverwaltung): 1107
Budapest, Mázsza utca 9.

Erreichbarkeit des Dienstleisters, die regelmäßig verwendete E-Mail-Adresse, die zur Kontaktpflege mit den Leistungsempfängern dient: info@kartonagefranz.at

Firmennummer/Registrierungsnummer des Dienstleisters: 01 09 190628

Steuernummer des Dienstleisters: 24940780-2-42

Name der Erfassungsbehörde / Zulassungsbehörde und Zulassungsnummer (wenn es gibt): Fővárosi Törvényszék

Telefonnummer des Dienstleisters: 06764857469

Sprache des Vertrags: deutsch

Name, Adresse, E-Mail-Adresse des Providers:

Tárhely.eu Kft. , 1097 Budapest, Könyves Kálmán körút 12-14., support@tarhely.eu

2. ALLGEMEINVERFÜGUNGEN:

2.1. Für die in dieser AGB nicht geregelten Fragen, bzw. für die Auslegung vorliegender AGB ist die ungarische Recht maßgebend, besonders für die Anordnungen des Gesetzes V. 2013 (BGB) über das Bürgerliche Gesetzbuch und des E-Commercegesetzes CVIII. 2001, das die einzelnen Fragen der elektronischen Dienstleistungen und der Dienstleistungen der Informationsgesellschaft regelt, bzw. des Regierungserlasses 45/2014 über die detaillierten Regelungen der Verträge zwischendem Verbraucher und dem Unternehmen. Die Pflichtanordnungen der einschlägigen Regelungen sind für die Parteien ohne selbstständige Klauseln auch maßgebend.

2.2. Vorliegende AGB ist ab 10 Februar 2024 geltend und bleibt bis zum Widerruf auch gültig. Die Änderungen vorliegender AGB werden durch den Dienstleister auf der Webseite veröffentlicht, bzw. die registrierten Benutzer oder die Benutzer, die früher schon gekauft haben, werden über die Änderungen per E-Mail benachrichtigt. Die Änderungen betreffen die früher geschlossenen Verträge nicht, die Änderungen haben also keine Rückwirkung.

2.3. Dienstleister behält im Zusammenhang der Webseite, jeglicher Teile der Webseite und der darauf angezeigten Inhalten, bzw. des Vertriebs der Webseite alle Rechte vor. Es ist verboten, die Inhalte der Webseite oder deren Details ohne die schriftliche Zustimmung des Dienstleisters herunterzuladen, elektronisch zu speichern, zu bearbeiten oder zu verkaufen.

2.4. Dienstleister übernimmt keine Verantwortung für die Käufe, die nicht mit dem Dienstleister gebunden sind, und die mit den auf der anderen nicht vom Dienstleister betriebenen Webseiten veröffentlichten Produkten zusammenhängen.

3. REGISTRATION/KAUF

3.1. Benutzer ist verpflichtet während der Registration/dem Kauf seine eigenen, wahren Daten anzugeben. Im Fall von der Angabe unwahrer oder mit anderen Personen gebundener Daten während der Registration/dem Kauf gilt der zustande gekommener, elektronischer Vertrag nichtig. Dienstleister schließt seine Haftung aus, wenn der Benutzer seine Dienstleistung im Namen von einem anderen oder mit den persönlichen Daten einer anderen Person in Anspruch nimmt.

3.2. Dienstleister enthaftet sich für den Lieferverzug, bzw. andere Probleme, die sich aus den durch den Benutzer falsch und/oder unrichtig angegebenen Daten ergeben. Dienstleister informiert aber die Benutzer, dass die falsch angegebenen Daten nach Abstimmung und der eindeutigen Identifizierung des Kunden in der Bestellung zu korrigieren sind, damit die Rechnungsstellung und Lieferung nicht behindert wird.

3.3. Dienstleister ist für die Schäden, die sich daraus ergeben, wenn der Benutzer sein Passwort vergisst, oder es für unzulässige Personenaus jeglichen dem Dienstleister nicht zurechenbaren Gründen bekannt gibt, nicht verantwortlich. (wenn es auf der Seite eine Registration besteht)

4. SORTIMENT, DIENSTLEISTUNGEN UND PREISE

4.1. Die dargestellten Produkte sind aus dem Webshop online (in gewissen Fällen per Telefon) zu bestellen. Die dargestellten Preise, die sich auf die Produkte beziehen, sind in EUR zu verstehen und sind Bruttopreise (sie enthalten also die im Gesetz vorgeschriebene Mehrwertsteuer, bzw., wenn der Dienstleister ohne Mehrwertsteuer fakturiert, dann sind die Preise die zu bezahlenden Summen), sie enthalten aber die Frachtkosten und die Zahlungskosten nicht. Verpackungskosten werden extra nicht aufgerechnet, außer wenn der Benutzer elegante- oder andere spezielle Verpackung benötigt.

4.2. Im Webshop wird der Name, die Beschreibung des Produktes durch den Dienstleister detailliert vermerkt und Produktbilder werden dargestellt (wenn es möglich ist).

4.3. Sollte ein ermäßigter Preis eingeführt werden, werden die Benutzer darüber und über dessen genauen Zeitraum durch den Dienstleister völlig informiert.

4.4. Sollte ein falscher Preis auf der Weboberfläche trotz aller Sorgfältigkeit des Dienstleiters erscheinen, evtl. würde wegen einem Systemfehler „0“ oder „1“ als EUR (Summe) angezeigt, dann ist der Dienstleister nicht verpflichtet, den falschen Preis zu bestätigen, sondern er hat die Möglichkeit das Angebot abzulehnen und er kann die Bestätigung mit dem richtigen Preis bestätigen, und wenn es dem Kunden bekannt ist, dann ist er berechtigt das geänderte Angebot abzulehnen. Unter falschem Preis versteht man den Preis, auf den der Unternehmer keine Vertragswille hat, den Vertrag zu schließen. Auf Grund des Gesetzes V./2013 (BGB.) kommt der Vertrag mit der gegenseitigen und übereinstimmenden Erklärung der Wille der Vertragsparteien zustande. Sollten die Parteien die Vertragsbedingungen nicht vereinbaren, das heißt, dass es keine Erklärung gibt, welcher der gegenseitige und übereinstimmende Wille der Parteien bezeichnet, geht es in diesem Fall nicht um einen gültig zustande gekommenen Vertrag, aus dem sich Rechte und Pflichtenergeben würden.

5. ABLAUF DER BESTELLUNG

5.1. Nach der Registration meldet sich der Benutzer in den Webshop an / oder er kann den Kauf sogar ohne Registration anfangen.

5.2. Benutzer stellt die Anzahl des zu kaufenden Produkts/der zu kaufenden Produkte ein.

5.3. Benutzer verschiebt die ausgewählten Produkte in den Warenkorb. Benutzer kann den Inhalt des Warenkorbs auf das „Warenkorb“ Symbol geklickt jederzeit besichtigen.

5.4. Wenn man keine weiteren Artikel kaufen möchte, prüft er die Anzahl der zu kaufenden Produkte. Er kann den Warenkorb mit dem „leerer Korb“ Button leeren. Für die Finalisierung der Menge klickt der Benutzer auf „ändert“.

5.5. Benutzer gibt die Lieferadresse, dann die Versand-/Zahlungsart an:

5.5.1. Zahlungsarten:

Bezahlung per Nachnahme: Sollte das bestellte Produkt durch ein Versandunternehmen oder an eine Paketstation geliefert werden, gibt es die Möglichkeit, dass der User die Endsumme der Bestellung bei dem Boten oder an der Paketstation bei der Übernahme der bestellten Ware bar oder mit EC-Karte bezahlt.

Online mit EC-Karte: Der User verfügt über die Möglichkeit, die Summe der Bestellung über das sichere Bezahlungssystem des Dienstleisters online, per EC-Karte zu begleichen.

Bezahlung per EC-Karte über Barion:

Die online Kartenzahlungen werden durch das System von Barion verwirklicht. Die Kartendaten kommen bei dem Händler nicht an. Der Dienstleister ist die Barion Payment geschlossene AG, die durch die Ungarische Nationalbank überwacht ist. Ihre Zulassungsnummer lautet: H-EN-I-1064/2013.

Bezahlung über Paypal

Ablauf der Bezahlung über Paypal:

Links auf der Seite werden die Transaktionsdetails angezeigt, rechts gibt es zwei Auswahlmöglichkeiten:

a) Wenn man über eine PayPal-Registration verfügt, dann erscheinen die Teildaten der vorab registrierten EC-Karte und der zahlende Betrag nach der Angabe des korrekten Benutzernamen und Passwortes. Sollten mehrere Karten registriert werden, ist die Karte auszuwählen, mit der man bezahlen möchte, dann erfolgt die Bezahlung mit dem Anklicken des Buttons „Pay Now (Jetzt bezahlen)“ und wird bald zur Seite des Shops zurückgeleitet.

b) Wenn man keine PayPal-Registration hat, dann gibt es die Möglichkeit, nach dem Ausfüllen eines Formulars mit einem PayPal Gastzugang den Betrag zu bezahlen, ohne sich bei PayPal registrieren zu müssen. Das Formular verlangt die folgenden Informationen (die meisten sind zwingend auszufüllen):

Country - Land

Card number - Kartenummer

Payment Types – Typ der Bezahlung

Expiration date - Ablaufdatum – das Ablaufdatum der EC-Karte in der Reihenfolge von Monat/Jahr

CSC – CSC-Code – Das ist ein dreistelliger Sicherheitscode auf der Rückseite der Karte (rechts über dem Unterschriftsfeld);

First name - Vorname

Last name - Nachname

Address line 1 – Adresse 1

Address line 2 (optional) - Adresse 2 (es ist nicht zwingend)

City - Stadt

State/Province/Region – Bundesland/Provinz/Region/Bezirk

Postal code – Postleitzahl (PLZ)

Telephone - Telefonnummer(Rufnummer) –Bitte eine wahre Rufnummer angeben, unter der Sie Ihre Bank sogar im Notfall erreichen können. Die Landes- und Ortsvorwahl sind sogar anzugeben.

E-Mail-Adresse– An der hier angegeben E-Mail-Adresse kommt die Bestätigung über die Bezahlung an. Wenn jedes Feld ausgefüllt wurde, klicken Sie auf „Review and Continue (Überprüfen und fortfahren)“ unten auf der Seite. Hier sind die angegebenen Daten, der zu bezahlende Betrag und die Bestellung nochmals zu prüfen.

Wenn alles in Ordnung ist, dann genehmigen Sie die Transaktion. Sie erhalten innerhalb weniger Augenblicke eine E-Mail-Benachrichtigung über die erfolgreiche Transaktion, gleichzeitig erhält der Dienstleister die Benachrichtigung über die erfolgreiche Zahlung und fängt mit der Bearbeitung der Bestellung an.

5.5.2. Lieferkosten (Bruttobeträge):

Detaillierte Versandinformationen finden Sie [auf der Seite unten](#).

5.6. Der zu zahlende Endbetrag beinhaltet alle Kosten auf Grund der Bestellzusammenfassung und dem Bestätigungsmail. Der Benutzer ist gemäß § 127 Abs., 6 BGB verpflichtet, sich davon zu überzeugen, dass die Qualität und Menge des bestellten Produkts den Erwartungen entsprechen. Die Zustellung der Produkte geschieht an den Wochentagen zwischen 8 und 17 Uhr.

5.7. Nach der Angabe der Daten kann der Benutzer die Bestellung mit dem Anklicken „Bestellung versenden“-Button versenden, aber bevor er es tut, können die angegebenen Daten erneut geprüft werden, bzw. kann mit der Bestellung sogar eine Vermerkung gesendet werden, oder per Mail können andere Wünsche bzgl. der Bestellung gemeldet werden.

5.8. Der Benutzer nimmt mit der Bestellung zur Kenntnis, dass es ihm gemäß § 15 45/2014. (II. 26.) Regierungserlass und ihren sonstigen Voraussetzungen (z.B.: § 20.)

aus der Bestellung eine Zahlungsverpflichtung entsteht.

5.9. Korrektur der Eingabefehler: Der Benutzer kann vor dem Abschluss des Bestellvorgangs jederzeit zur vorherigen Phase zurückkehren, in der er die eingegebenen Daten korrigieren kann. Detailliert erklärt: Während der Bestellung besteht die Möglichkeit den Inhalt des Warenkorbs zu prüfen bzw. zu ändern, und, wenn der Warenkorb nicht die zu bestellende Menge enthält, kann der User ins Dateneingabefeld unter der Mengenspalte die gewünschte Stückzahl der benötigten Menge reinschreiben, dann klickt er auf „ändert“. Sollte der User die Artikel aus dem Warenkorb löschen, dann klickt er auf „leerer Korb“. Im Laufe der Bestellung hat der Benutzer immer die Möglichkeit, die eingegebenen Daten zu korrigieren/zu löschen.

5.10. Der Benutzer bekommt nach der Versendung der Bestellung per Mail eine Bestätigung. Sollte diese Bestätigung beim User innerhalb einer erwarteten Frist oder spätestens in 48 Stunden von der Versendung der Bestellung ab und abhängig von der Dienstleistung nicht an, dann wird der User vom Angebot- und Vertragsverpflichtung befreit. Die Bestellung und deren Bestätigung gelten beim Dienstleister und beim User als angekommen, wenn die beiden für den User zur Verfügung stehen. Der Dienstleister schließt seine Bestätigungshaftung aus, wenn die Bestätigung nicht rechtzeitigankommt, da der User während der Registration eine falsche E-Mail-Adresse angegeben hat, oder er kann wegen der Belastung seines Postfaches keine E-Mails empfangen.

5.11. Der User nimmt zur Kenntnis, dass die im vorigen Punkt erörterte Bestätigung nur eine automatische Bestätigung ist, aber es kommt dadurch kein Vertrag zustande. Der Vertrag kommt zustande, wenn der Dienstleister den Benutzer nach der im vorigen Punkt erörterten Bestätigung über die Details der Bestellung und über die voraussichtliche Erfüllung in einer neuen E-Mail informiert.

6. DIE BEARBEITUNG UND LEISTUNG DER BESTELLUNGEN

- 6.1. Die Bestellungen werden an den Werktagen während der Arbeitszeit in Reihenfolge des Eingangs bearbeitet. Zur Abgabe der Bestellung besteht die Möglichkeit sogar außerhalb der angegebenen Bearbeitungszeiten, sollte sie nach der Arbeitszeit geschehen, wird sie am nächsten Werktag bearbeitet. Der Kundendienst des Dienstleisters bestätigt jederzeit elektronisch, wann die Bestellung geleistet werden kann.
- 6.2. Allgemeine Leistungsfrist innerhalb von 2-4 Werktagen ab dem Vertragsschluss.
- 6.3. Aufgrund des Kaufvertrags ist der Dienstleister für die Eigentumsübertragung der Sache, der Benutzer für die Bezahlung des Kaufpreises und die Übernahme der Sache verpflichtet.
- 6.4. Wenn der Verkäufer ein Unternehmen und der Käufer ein Verbraucher ist und der Verkäufer unternimmt, das Ding zum Käufer zu übermitteln, geht die Gefahrtragung auf den Käufer über, wenn er oder ein vom Käufer benannter Dritter das Ding übernimmt. Die Gefahrtragung geht mit der Übergabe dem Lieferanten auf den Käufer über, wenn der Lieferant vom Käufer beantragt wird, vorausgesetzt, wenn der Lieferant nicht vom Verkäufer empfohlen wurde.
- 6.5. Im Fall der Verzögerung des Dienstleisters ist der Benutzer berechtigt eine Zusatzfrist anzuberaumen. Wenn der Verkäufer innerhalb der Zusatzfrist nicht leistet, ist der Käufer berechtigt vom Vertrag zurückzutreten.
- 6.6. Der Benutzer ist berechtigt ohne Setzung einer Zusatzfrist vom Vertrag zurückzutreten, wenn
- a) der Dienstleister die Erfüllung des Vertrags verweigert; oder
 - b) der Vertrag entweder nach der Abmachung der Parteien oder aufgrund des erkennbaren Zwecks der Dienstleistung zu dem für die Erfüllung vereinbarten Zeitpunkt und nicht zu einem anderen Zeitpunkt hätte erfüllt werden müssen.
- 6.7. Wenn der Dienstleister seine vertragliche Verpflichtung nicht leistet, da das im Vertrag bestimmte Produkt nicht zur Verfügung steht, ist er verpflichtet, den Benutzer darüber unverzüglich zu informieren, sowie die vom Benutzer bezahlte Summe unverzüglich zurückzuzahlen, und zu sichern, dass der Benutzer seine sonstigen gesetzlich vorgesehenen Rechte im Falle einer mangelhaften Leistung geltend macht.
- 6.8. Der Dienstleister macht die Benutzer darauf aufmerksam, dass, wenn sie das/die vertragsmäßig geleistet bestellte(n)Produkt(e) (unabhängig von der Zahlungsmethode) nicht übernehmen, verschulden Vertragspflichtverletzung, das heißt, sie fallen laut 6:156. § (1) des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verzug. Das bedeutet, dass der Dienstleister anhand der Regelungen des „No-Order“-Prinzips – wenn der Verbraucher seine Wandlung nicht meldet (und er äußert sich darüber nicht, ob er das bestellte Produkt/die bestellten Produkte zu

entgegennehmen wünscht) – den Nutzern die normalen Lagerkosten und die Kosten für die Lieferung (Rücksendung) des/der Produkte(s) in Rechnung stellt. Die Nutzer werden darauf hingewiesen, dass der Dienstanbieter die Unterstützung seiner Anwälte in Anspruch nehmen wird, um alle rechtlichen Ansprüche, die sich aus einem solchen Vertragsbruch ergeben, durchzusetzen, und dass der Nutzer für alle anderen (rechtlichen) Kosten (einschließlich der Gebühren für das Mahnverfahren) haftet.

7. WIDERRUFSRECHT

- 7.1. Gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und des Regierungsdokuments 45/2014 (26.II.26.) über die Einzelheiten von Verträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmen kann der Verbraucher innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des bestellten Produkts ohne Begründung vom Vertrag zurücktreten und das bestellte Produkt zurückgeben. Kommt der Anbieter dieser Belehrung nicht nach, verlängert sich die 14-tägige Widerrufsfrist um zwölf Monate. Erteilt der Diensteanbieter die Informationen nach Ablauf von 14 Tagen ab dem Datum des Erhalts von dem Produkt oder von dem Vertragsabschluss, aber innerhalb von 12 Monaten, beträgt die Widerrufsfrist 14 Tage ab dem Datum der Mitteilung dieser Informationen.
- 7.2. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht mittels einer unmissverständlichen Erklärung oder mittels der Mustererklärung in Anhang 2 des Regierungsdokuments 45/2014 (26.II.26.) ausüben.
- 7.3. Die Frist der Rechtsausübung läuft 14 Tage von dem Tag an ab, an dem der Verbraucher oder ein von ihm berechtigter Dritter, der nicht der Lieferant ist, das Produkt entgegennimmt.
- 7.4. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht während der Frist von dem Vertragsschluss bis zum Empfang des Produkts ausüben.
- 7.5. Die Kosten der Warenrücksendung sind vom Verbraucher zu tragen, der Dienstleister hat sich nicht verpflichtet, diese Kosten zu übernehmen.
- 7.6. Im Fall der Ausübung des Widerrufsrechts wird der Verbraucher außer den Rücksendungskosten durch keine weiteren Kosten belastet.
- 7.7. Das Widerrufsrecht steht dem Verbraucher bei solchem(en) nicht vorgefertigten Produkt(en) zu, die ausschließlich auf Grund seiner Anweisungen oder auf seinen Wunsch hergestellt wurde(n), oder bei einem Produkt, das eindeutig für den Verbraucher personalisiert wurde.
- 7.8. Der Verbraucher darf sein Widerrufsrecht nicht einmal ausüben, wenn
- a. der Verbraucher im Fall von einem Dienstleistungsvertrag nach der vollständigen Erfüllung der Dienstleistung, wenn das Unternehmen die Ausführung auf der nachdrücklichen, vorläufigen Zustimmung des Verbrauchers angefangen hat, zur Kenntnis genommen hat, dass er, sein Widerrufsrecht nach der Erfüllung der vollständigen Dienstleistung verliert;
 - b. bei solchem Produkt oder solcher Dienstleistung, deren Preis bzgl. Tarif durch den Finanzmarkt nicht zu beeinflussen ist, es hängt von der möglichen Schwankung während der Frist der Ausübung des Widerrufsrechts;
 - c. bei verderblichen Produkten oder Produkten, die ihre Qualität nur kurzfristig bewahren;
 - d. bei Produkten mit Fixier-Verpackung, die aus gesundheitlichen oder hygienischen Gründen wegen der Auflösung nach der Übergabe nicht

zurückzusenden sind;

- e. bei Produkten, die aufgrund ihrer Beschaffenheit nach der Übergabe untrennbar mit anderen Produkten gemischt werden;
- f. bei Alkoholgetränken, deren Wert durch das Unternehmen nicht zu beeinflussen ist, da es von den Marktschwankungen abhängt und deren Preis durch die Parteien beim Abschluss des Kaufvertrags abgemacht wurde, der aber erst 30 Tage nach Vertragsabschluss erfüllt wird;
- g. bei einem Werkvertrag, bei dem der Dienstleister den Verbraucher auf seinen ausdrücklichen Wunsch aufsucht, um dringende Reparatur- oder Wartungsarbeiten auszuführen;
- h. beim Kauf von Ton- und Bildaufnahmen in Fix-Verpackung, bzw. Computerprogramme, wenn der Verbraucher die Verpackung nach der Übergabe geöffnet hat;
- i. bei einer Zeitung, Zeitschrift, Tages-, Monats- oder Jahreszeitung, evtl. deren Beilagen, außer den Abonnementverträgen;
- j. bei Verträgen, die an einer öffentlichen Auktion abgeschlossen wurden;
- k. bei Verträgen bis auf die Wohnungsdienstleistung, die aus dem Zweck von Unterkunft, Spedition, Autovermietung, Verköstigung- oder Freizeitaktivität abgeschlossen wurden, wenn es im Vertrag ein Leistungstag oder eine Leitungszeit festgestellt wurde;
- l. beinicht auf einphysikalisches Speichermedium geleisteten, digitalen Daten, wenn der Dienstleister die Leistung mit dem ausdrücklichen und vorherigen Einverständnis des Verbrauchers ausgeführt hat, und der Verbraucher hat mit seinem Einverständnis über die Anerkennung erklärt, nach der Ausführung sein Widerrufsrecht zu verlieren.

7.9. Der Dienstleister erstattet dem Verbraucher gemäß den oben genannten Rechtsvorschriften innerhalb von 14 Tagen die bezahlte Summe einschließlich der Lieferkosten unverzüglich zurück, nachdem das Produkt zurückgekommen oder die Rücktrittserklärung angekommen ist.

7.10. Während der Rückerstattung verwendet der Dienstleister das gleiche Zahlungsverfahren, das er auch bei der ursprünglichen Transaktion verwendet hat, ausgenommen, wenn der Verbraucher der Verwendung eines anderen Zahlungsverfahrens ausdrücklich zustimmt; aus diesem Rückerstattungsverfahren ergeben sich dem Verbraucher keine Mehraufwände.

7.11. Der Verbraucher ist verpflichtet die Produkte für den Dienstleister unverzüglich aber keinesfalls später als 14 Tage nach der Absendung der Widerrufserklärung zurückzusenden oder am Standort des Dienstleisters abzugeben. Vertreibt der Unternehmer die Ware auch in den Geschäftsräumen des Unternehmers und übt der Verbraucher sein Widerrufsrecht persönlich in den Geschäftsräumen des Unternehmers aus, ist er gleichzeitig berechtigt, die Ware an den Unternehmer zurückzugeben.

- 7.12. Im Falle eines schriftlichen Widerrufs reicht es aus, wenn der Verbraucher die Widerrufserklärung innerhalb von 14 Tagen absendet.
- 7.13. Der Verbraucher hält die Frist ein, wenn er das/die Produkt(e) vor dem Ablauf der 14-tägigen Frist zurückgibt oder übergibt. Die Rücksendung gilt als fristgerecht erfolgt, wenn der Verbraucher die Ware vor Ablauf der Frist absendet.
- 7.14. Der Verbraucher wird nur mit den Rücksendungskosten des Produkts belastet, außer, wenn der Dienstleister diese Kosten übernimmt.
- 7.15. Der Dienstleister ist nicht verpflichtet, die Mehraufwände dem Verbraucher zu erstatten, die sich aus der Auswahl anderer Frachtmethode(n) ergeben, die von dem Dienstleister angebotenen, billigsten und gewöhnlichen Frachtmethode(n) abweichen.
- 7.16. Der Dienstleister darf die Rückerstattung zurückhalten, bis er die Ware(n) zurückbekommen hat, oder der Verbraucher beweist, dass sie zurückgesendet wurde(n): aus den beiden soll der früheste Zeitpunkt berücksichtigt werden.
- 7.17. Sollte der Verbraucher das Widerrufsrecht wahrnehmen, kann er dies an den angegebenen Kontaktdaten des Dienstleisters schriftlich (sogar mithilfe der beigefügten Erklärung), telefonisch, oder auch persönlich melden. Bei schriftlicher Meldung per Post wird das Datum der Postversendung, beim Telefon die Zeit des Telefonats berücksichtigt. Das bestellte Produkt ist per Post, persönlich oder per Kurierdienst dem Dienstleister zurückzusenden.
- 7.18. Der Verbraucher haftet nur für die Wertverminderung, die sich aus der Verwendung ergeben, welche die Nutzung von der Feststellung der Art, Eigenschaften und Funktionalität des Produkts überschreiten.
- 7.19. Der Regierungserlass 45/2014. (II.26.) über die detaillierten Regelungen der Verträge zwischen dem Verbraucher und dem Dienstleister ist [hier](#) zu erreichen.
- 7.20. Die Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und Rates ist [hier](#) zu erreichen.
- 7.21. Der Verbraucher kann sich bezüglich seiner sonstigen Beschwerden unter den Kontaktdaten an den Dienstleister wenden, die in der gegenwärtigen Vorschrift zu finden sind.
- 7.22. Das Widerrufsrecht steht nur für die Benutzer zur Verfügung, die gemäß BGB als Verbraucher gelten.
- 7.23. Das Widerrufsrecht steht dem Unternehmen nicht zu, d.h. der Person, die im Rahmen seiner beruflichen, selbstständigen oder gewerblichen Tätigkeit verfährt.
- 7.24. (Ist nur im Fall geltend, wenn der Dienstleister außer dem Verkauf sogar eine Dienstleistung erbringt.) Kündigt der Verbraucher den Fernabsatzvertrag, nachdem er die Leistung begonnen hat, muss er dem Unternehmen eine Gebühr zahlen, die im Verhältnis zu der bis zum Zeitpunkt der Mitteilung der Kündigung an das Unternehmen erbrachten Leistung steht. Der vom Verbraucher anteilig zu zahlende Betrag wird auf der Grundlage des Gesamtbetrags der im Vertrag festgelegten Gegenleistung zuzüglich Steuern ermittelt. Weist der Verbraucher

nach, dass der auf diese Weise ermittelte Gesamtbetrag überhöht ist, so wird der anteilige Betrag auf der Grundlage des Marktwerts, der bis zum Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags erbrachten Dienstleistungen berechnet.

7.25. Der Verlauf der Ausübung des Widerrufsrechts:

7.25.1. Sollte der Verbraucher sein Widerrufsrecht in Anspruch nehmen, ist er verpflichtet, dem Dienstleister seine Widerrufsabsicht unter den Kontaktdaten zu melden.

7.25.2. Der Verbraucher hält die Widerrufsfrist ein, wenn er die Widerrufserklärung vor dem Ablauf des 14. Tages ab Erhalt des Produkts versendet. Beim schriftlichen Widerruf ist es genügend, nur die Widerrufserklärung innerhalb von 14 Tagen zu versenden. Bei Postversand ist das Datum, bei E-Mailversand der Zeitpunkt der Versendung zu berücksichtigen.

7.25.3. Der Verbraucher ist verpflichtet, das bestellte Produkt dem Dienstleister unverzüglich, aber innerhalb von 14 Tagen ab Mitteilung der Widerrufserklärung zurückzusenden. Die Frist ist bewahrt, wenn die Waren vor Ablauf der Frist von 14 Tagen abgesendet werden. Die unmittelbaren Kosten der Rücksendung, die sich aus der Ausübung des Widerrufsrechts, werden vom Besteller getragen. Vertriebt der Unternehmer die Ware auch in den Geschäftsräumen des Unternehmers und übt der Verbraucher sein Widerrufsrecht persönlich in den Geschäftsräumen des Unternehmers aus, ist er gleichzeitig berechtigt, die Ware an den Unternehmer zurückzugeben.

7.25.4. Der Dienstleister ist jedoch nicht verpflichtet, den Verbraucher für die zusätzlichen Kosten zu entschädigen, die sich aus der Wahl einer anderen als der vom Dienstleister angebotenen, billigsten, üblichen Beförderungsart ergeben. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch in der Zeit zwischen dem Vertragsabschluss und dem Erhalt der Ware ausüben.

7.25.5. Bei einem Verkauf mehrerer Produkte, wenn jedes Produkt in einem anderen Zeitpunkt geliefert wird, kann der Kunde sein Widerrufsrecht innerhalb von 14 Tagen ab dem zuletzt gelieferten Produkt bzw. bei einem Produkt, das aus mehreren Losen oder Artikeln besteht, ab dem zuletzt gelieferten Los oder Artikel ausüben.

8. GARANTIE, GEWÄHRLEISTUNG

Mangelhafte Lieferung

Der Dienstleister liefert mangelhaft, wenn die Dienstleistung zum Zeitpunkt der Erbringungen vertraglich oder gesetzlich festgelegten Qualitätsanforderungen nicht entspricht. Eine Nichterfüllung des Dienstleisters liegt nicht vor, wenn der Berechtigte den Mangel bei Vertragsschluss kannte oder kennen musste.

Jede Klausel in einem Vertrag zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmer, die zum Nachteil des Verbrauchers von den Bestimmungen dieses Kapitels über Garantien und Gewährleistung abweicht, ist nichtig.

Weitere Gewährleistungsrechte stehen nur für die Benutzer zur Verfügung, die gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch als Verbraucher gekennzeichnet werden.

Gewerblicher Nutzer: eine Person, die im Rahmen ihres Berufs, ihrer selbständigen Tätigkeit oder ihres Unternehmens handelt.

Gewährleistung

8.1. In welchem Fall kann der Nutzer sein Gewährleistungsrecht ausnutzen?

Der Nutzer kann im Fall der mangelhaften Leistung des Dienstleisters gegen das Dienstleister gemäß den Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches Gewährleistungsanspruch geltend machen.

8.2. Welche Rechte hat der Benutzer gemäß seinem Gewährleistungsanspruch?

Der Benutzer kann - auf Grund von seiner Wahl – die folgenden

Gewährleistungsansprüche geltend machen: er kann Reparatur oder Tausch beantragen, ausgenommen, wenn die Leistung des durch den Benutzer gewählten Anspruches unmöglich ist, oder wenn es für das Unternehmen im Vergleich zu der Leistung anderer Ansprüche unverhältnismäßige Mehrkosten ergeben würde.

Wenn er die Reparatur oder den Tausch nicht beantragt hat, oder nicht beantragen durfte/konnte, so kann er nach der anteiligen Ermäßigung der Gegenleistung verlangen oder der Benutzer darf den Mangel auf Kosten des Unternehmens beheben oder mit einem anderen beheben lassen, oder zuletzt kann er vom Vertrag zurücktreten. Der Nutzer kann von seinem ausgewählten Gewährleistungsrecht auf eine andere ausweichen, aber die Kosten des Wechsels werden vom Benutzer bestritten, ausgenommen, wenn der Wechsel gerechtfertigt war oder das Unternehmen dafür einen Grund angegeben hat.

Der Verbraucher ist sogar im Fall berechtigt – der Höhe der Vertragsverletzung angepasst -, die anteilige Ermäßigung der Gegenleistung zu beantragen, oder den Kaufvertrag zu kündigen, wenn

a) das Unternehmen die Reparatur oder den Tausch nicht ausgeführt hat, oder sie wurden ausgeführt, aber die Demontage und die erneute Inbetriebsetzung teilweise oder völlig nicht erfüllt wurde, oder es wurde verweigert, die Ware vertragsgerecht zu tun;

b) wiederholte Leistungsfehler aufgetreten ist, obwohl das Unternehmen versucht

hat, die Ware vertragsgerecht zu tun;

c) der Leistungsfehler so schwerwiegend ist, dass es rechtfertigt, den Preis sofort zu vermindern oder den Kaufvertrag sofort zu kündigen; oder

d) sich das Unternehmen nicht verpflichtet hat, die Ware vertragsgerecht zu tun, oder die Umstände machen es offensichtlich, dass das Unternehmen die Ware innerhalb von einer angemessenen Frist oder ohne erhebliche Nachteile für den Verbraucher die Ware nicht vertragsgerecht tun kann.

Wenn der Verbraucher den Vertrag wegen der mangelhaften Lieferung zu kündigen wünscht, ist das Unternehmen belästigt, zu beweisen, dass der Mangel unerheblich ist.

Der Verbraucher ist verpflichtet, den übrigen Teil des Kaufpreises - der Höhe der Vertragsverletzung angepasst – teilweise oder völlig zurückzuhalten, bis das Unternehmen seinen Pflichten bzgl. der mangelhaften Leistung, und die Leistung vertragsgerecht zu machen, nachkommt.

Die angemessene Frist, die für die Reparatur oder den Tausch der Ware zur Verfügung steht, soll ab dem Zeitpunkt gerechnet werden, als der Verbraucher dem Unternehmen den Mangel mitgeteilt hat.

Der Verbraucher soll die Ware dem Unternehmen zur Verfügung stellen, um sie repariert oder ausgetauscht werden zu können.

Das Unternehmen soll die Rücknahme der ausgetauschten Ware auf eigenen Kosten sichern. Wenn die Reparatur oder der Tausch die Entfernung so eine Ware benötigt, die je nach der Art und dem Zweck entsprechend – vor der Erkennung des Mangels – schon in Betrieb genommen wurde, dann beinhaltet der Reparatur oder Tauschpflicht die Entfernung der vertragswidrigen Ware, und die Inbetriebsetzung oder Entfernung des Tauschgerätes, bzw. die Übernahme der Inbetriebsetzungskosten.

Die Verminderung der Gegenleistung ist angemessen, wenn ihre Summe der Differenz der Wert der Waren entspricht, die dem Verbraucher vertragsmäßig erfüllt werden sollte, und die er tatsächlich bekommen hat.

Das Gewährleistungsrecht des Verbrauchers bzgl. der Kündigung des Kaufvertrags ist durch die Erklärung auszuüben, die dem Unternehmen adressiert wurde und sich auf die Entscheidung des Verbrauchers bzgl. des Rücktritts bezieht.

Wenn sich die mangelhafte Leistung nur auf einen bestimmten Teil der vertragsgemäß erfüllten Ware bezieht, und die Voraussetzungen der Ausübung des Rücktrittsrechts diesbezüglich bestehen, kann der Verbraucher den Kaufvertrag nur in Bezug auf die mangelhaften Waren kündigen, aber auch in Bezug auf alle anderen damit erworbenen Waren, wenn es vom Verbraucher nicht zu erwarten ist, nur die vertragsgemäßen Waren zu behalten.

Wenn der Verbraucher den Kaufvertrag völlig oder in Bezug auf einen Teil der im Rahmen des Kaufvertrags gelieferten Waren kündigt, so

a) soll der Verbraucher dem Unternehmen die Ware auf Kosten des Unternehmens zurücksenden; und

b) das Unternehmen soll dem Verbraucher den Kaufpreis der betroffenen Ware zurückerstatten, sobald die Ware oder die Bestätigung ihrer Rücksendung übernommen wurde.

8.3. Mit welcher Frist kann der Nutzer den Gewährleistungsanspruch geltend machen?

Der Nutzer (wenn er als Verbraucher gilt) ist verpflichtet, den Mangel nach der Entdeckung unverzüglich, aber nicht später als zwei Monaten nach der Entdeckung dem Dienstleister mitzuteilen. Gleichzeitig wird er darauf aufmerksam gemacht, dass er seine Gewährleistungsrechte nach Ablauf der zweijährigen Verjährungsfrist (ein Jahr bei Geschäfts- oder Gebrauchsgütern) ab Vertragserfüllung nicht mehr geltend machen können. (bei Produkten mit einem Verfallsdatum kann die Garantie bis zum Ende der Verfallsfrist beansprucht werden).

Wenn der Kaufvertrag bei Waren mit digitalen Elementen über die kontinuierliche Leistung des digitalen Inhalts oder des digitalen Service in einem bestimmten Zeitraum anordnet, haftet das Unternehmen für den Mangel der Ware bzgl. des digitalen Inhalts und des digitalen Service, wenn der Mangel

a) bei kontinuierlichem Service, dessen Servicezeit nicht länger als zwei Jahren ist, innerhalb von zwei Jahren ab Erfüllung; oder

b) bei kontinuierlichem Service, dessen Servicezeit länger als zwei Jahren ist, während der gesamten Servicezeit erfolgt oder erkennbar wird.

8.4. Wem gegenüber kann der Nutzer seinen Gewährleistungsanspruch geltend machen?

Der Nutzer kann seinen Gewährleistungsanspruch gegen den Dienstleister geltend machen.

8.5. Welche sonstigen Bedingungen hat die Ausübung des Gewährleistungsrechts (wenn der Nutzer als Verbraucher gilt)?

Innerhalb von sechs Monaten nach der Erfüllung hat die Ausübung des Gewährleistungsanspruchs - außer der Mitteilung des Mangels - keine andere Voraussetzung, wenn der Nutzer bestätigt, dass das Produkt bzw. die Dienstleistung durch den Dienstleister angeboten wurde, der die Website betreibt. Nach Ablauf von sechs Monaten ab Erfüllung ist der Nutzer verpflichtet, zu beweisen, dass der durch den Nutzer erkannte Mangel bereits in dem Zeitpunkt der Leistung bestand.

Produktgewährleistung

8.6. In welchen Fällen kann der Verbraucher sein Produktgarantierecht ausüben und welche Rechte stehen dem Verbraucher aufgrund seines

Produktgarantieanspruchs zu?

Im Falle eines Mangels an einer beweglichen Sache kann der Verbraucher nach seiner Wahl sein Nebengewährleistungsrecht ausüben oder einen Produktgewährleistungsanspruch gemäß den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs geltend machen.

Als Produktgarantieanspruch kann der Verbraucher die Reparatur oder den Austausch des defekten Produkts verlangen.

8.7. Gegen wen können Sie Ihren Produktgarantieanspruch geltend machen?

Sie können Ihre Produktgarantierechte gegenüber dem Hersteller oder Vertreiber des Produkts (im Folgenden: Hersteller) geltend machen.

8.8. In welchem Fall gilt das Produkt als fehlerhaft?

Das Produkt ist mangelhaft, wenn es nicht den zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens geltenden Qualitätsanforderungen entspricht oder nicht die vom Hersteller beschriebenen Eigenschaften aufweist.

8.9. Innerhalb welcher Frist kann der Verbraucher seinen Produktgarantieanspruch geltend machen?

Der Verbraucher kann seinen Produktgarantieanspruch innerhalb von zwei Jahren nach Inverkehrbringen des Produkts durch den Hersteller geltend machen. Nach Ablauf dieser Frist verlieren Sie dieses Recht.

8.10. Welche Beweisregeln gelten im Falle eines Produktgarantieanspruchs?

Im Falle der Geltendmachung eines Produktgarantieanspruchs müssen Sie nachweisen, dass der Produktfehler bereits zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens durch den Hersteller bestand.

8.11. In welchen Fällen ist der Hersteller von der Produktgarantiepflicht befreit?

Der Hersteller ist von seiner Produktgarantiepflicht befreit, wenn er dies nachweist

- das Produkt nicht im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit hergestellt oder vermarktet wurde, oder
- der Mangel nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens nicht erkennbar war, oder
- der Mangel des Produkts auf die Anwendung gesetzlicher oder zwingender behördlicher Vorschriften zurückzuführen ist.

Es reicht aus, wenn der Hersteller einen Ausnahmegrund nachweist.

Bitte beachten Sie, dass der Verbraucher aufgrund desselben Mangels parallel zueinander einen Anspruch auf Produktgarantie gegenüber dem Unternehmen und gegenüber dem Hersteller geltend machen kann. Bei erfolgreicher Geltendmachung Ihres Produktgarantieanspruchs können Sie Ihren Zubehörgarantieanspruch für das ausgetauschte Produkt oder den von der Reparatur betroffenen Produktteil nur gegenüber dem Hersteller geltend machen.

Garantie (für neue Produkte)

8.12. In welchen Fällen kann der Verbraucher seine Rechte aus der Garantie geltend machen?

Im Falle einer mangelhaften Leistung ist der Dienstleister gemäß der Regierungsverordnung Nr. 151/2003 (IX. 22.) über die obligatorische Garantie für bestimmte langlebige Verbrauchsgüter zur Garantie verpflichtet, sofern der Nutzer als Verbraucher gilt.

Als Verbraucher gilt:

- a) der Verbraucher im Sinne des Gesetzes Nr. V von 2013 über das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), oder
- b) ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen, das außerhalb des Rahmens seiner beruflichen, selbständigen oder gewerblichen Tätigkeit handelt.

Ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen handelt außerhalb des Rahmens seiner beruflichen, selbständigen oder gewerblichen Tätigkeit, wenn es das Verbrauchsgut im Rahmen einer Einzelhandelstätigkeit im Sinne des Handelsgesetzes erwirbt, unabhängig davon, ob das Verbrauchsgut im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit bilanziell erfasst wird.

8.13. Welche Rechte stehen dem Verbraucher aufgrund der Garantie zu und innerhalb welcher Fristen?

Die Dauer der Garantie beträgt:

- a) zwei Jahre bei einem Verkaufspreis von mindestens 10.000 HUF, jedoch höchstens 250.000 HUF;
- b) drei Jahre bei einem Verkaufspreis von über 250.000 HUF.

Die Nichteinhaltung dieser Fristen führt zum Rechtsverlust.

Die Garantiefrist beginnt mit der Übergabe des Verbrauchsgutes an den Verbraucher oder, sofern die Inbetriebnahme durch den Dienstleister, dessen Beauftragten oder eine sonst zur Inbetriebnahme berechnigte Person erfolgt, mit dem Tag der Inbetriebnahme.

Lässt der Verbraucher das Verbrauchsgut später als sechs Monate nach der Übergabe in Betrieb nehmen, so beginnt die Garantiefrist mit dem Tag der Übergabe des Verbrauchsgutes.

Der Verbraucher kann seinen Reparaturanspruch nach seiner Wahl am Sitz des Dienstleisters, an dessen Niederlassungen oder Zweigstellen sowie unmittelbar bei dem auf dem Garantieschein angegebenen Reparaturdienst anmelden.

Aufgrund seines Garantieanspruchs kann der Berechnigte nach seiner Wahl:

Nachbesserung oder Ersatzlieferung verlangen, es sei denn, die Erfüllung des gewählten Garantierechts ist unmöglich oder würde für den Verpflichteten im Vergleich zur Erfüllung eines anderen Garantieanspruchs unverhältnismäßige Mehrkosten verursachen, wobei der Wert der Leistung im mangelfreien Zustand, die Schwere der Vertragsverletzung sowie die Beeinträchtigung der Interessen des Berechtigten zu berücksichtigen sind; oder

eine verhältnismäßige Minderung der Gegenleistung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten, wenn der Verpflichtete die Nachbesserung oder Ersatzlieferung nicht übernommen hat, dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann (...) oder wenn das Interesse des Berechtigten an der Nachbesserung oder Ersatzlieferung entfallen ist.

Wegen eines unerheblichen Mangels ist ein Rücktritt ausgeschlossen.

Es ist eine Erledigung innerhalb von 15 Tagen anzustreben

Gemäß § 5 der NGM-Verordnung Nr. 19/2014 (IV. 29.) über die Verfahrensregeln zur Behandlung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen hinsichtlich im Rahmen von Verträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmen verkaufter Sachen hat sich der Dienstleister zu bemühen, die Nachbesserung oder Ersatzlieferung innerhalb von höchstens 15 Tagen vorzunehmen. Übersteigt die Dauer der Nachbesserung oder Ersatzlieferung 15 Tage, so ist der Dienstleister verpflichtet, den Verbraucher über die voraussichtliche Dauer der Nachbesserung oder Ersatzlieferung zu informieren. Die Information erfolgt mit vorheriger Zustimmung des Verbrauchers auf elektronischem Wege oder in einer anderen Weise, die geeignet ist, den Zugang beim Verbraucher nachzuweisen.

Wenn festgestellt wird, dass das Produkt nicht repariert werden kann

Wird innerhalb der Garantiezeit im Falle eines Defekts festgestellt, dass das Verbrauchsgut nicht repariert werden kann, so ist der Dienstleister – sofern der Verbraucher nichts anderes bestimmt – verpflichtet, das Verbrauchsgut innerhalb von 8 Tagen auszutauschen. Ist ein Austausch nicht möglich, so hat der Dienstleister dem Verbraucher den Kaufpreis innerhalb von 8 Tagen zu erstatten.

Wenn das Produkt zum vierten Mal defekt ist

Tritt innerhalb der Garantiezeit nach dreimaliger Nachbesserung erneut ein Defekt des Verbrauchsgutes auf, so ist das Unternehmen – sofern der Verbraucher nichts anderes bestimmt – verpflichtet, das Verbrauchsgut innerhalb von acht Tagen auszutauschen. Ist ein Austausch nicht möglich, so hat das Unternehmen dem

Verbraucher innerhalb von 8 Tagen den auf dem Garantieschein oder – in dessen Ermangelung – auf dem vom Verbraucher vorgelegten Zahlungsbeleg über die Entrichtung des Kaufpreises (Rechnung oder Quittung gemäß Umsatzsteuergesetz) angegebenen Kaufpreis zu erstatten.

Wenn die Nachbesserung nicht innerhalb von 30 Tagen erfolgt

Erfolgt die Nachbesserung des Verbrauchsgutes nicht bis zum 30. Tag ab Mitteilung des Garantieanspruchs an das Unternehmen, so ist das Unternehmen – sofern der Verbraucher nichts anderes bestimmt – verpflichtet, das Verbrauchsgut innerhalb von 8 Tagen nach erfolglosem Ablauf der Dreißigtagefrist auszutauschen. Ist ein Austausch nicht möglich, so hat das Unternehmen dem Verbraucher innerhalb von 8 Tagen nach erfolglosem Ablauf der 30-tägigen Nachbesserungsfrist den auf dem Garantieschein oder – in dessen Ermangelung – auf dem vom Verbraucher vorgelegten Zahlungsbeleg (Rechnung oder Quittung gemäß Umsatzsteuergesetz) angegebenen Kaufpreis zu erstatten.

8.14. Wann ist das Unternehmen von seiner Garantieverpflichtung befreit?

Der Dienstleister ist von seiner Garantieverpflichtung nur dann befreit, wenn er nachweist, dass die Ursache des Mangels nach der Leistungserbringung entstanden ist. Es wird darauf hingewiesen, dass der Verbraucher wegen desselben Mangels gleichzeitig und parallel einen Gewährleistungsanspruch sowie einen Garantieanspruch sowie einen Produkthaftungsanspruch und einen Garantieanspruch geltend machen kann. Hat der Verbraucher jedoch wegen eines bestimmten Mangels seinen Anspruch aus mangelhafter Leistung einmal erfolgreich durchgesetzt (z. B. durch Austausch des Produkts), so kann er wegen desselben Mangels keinen weiteren Anspruch auf anderer Rechtsgrundlage geltend machen.

8.15. Der Dienstleister haftet nach Ablauf der Garantiezeit (fachlich zu erwartende Lebensdauer) nicht für Schäden, die aus natürlicher Abnutzung oder Alterung resultieren.

8.16. Der Dienstleister haftet ferner weder aus Gewährleistung noch aus Garantie für Schäden, die nach Gefahrübergang infolge unsachgemäßer oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, von den Vorgaben abweichender Einwirkungen oder sonstiger nicht bestimmungsgemäßer Verwendung der Produkte entstanden sind.

8.17. Macht der Verbraucher wegen eines Mangels des Verbrauchsgutes innerhalb

von drei Werktagen ab Kauf oder Inbetriebnahme einen Austauschanspruch geltend, so kann sich der Dienstleister gemäß § 6:159 Abs. 2 lit. a) BGB nicht auf unverhältnismäßige Mehrkosten berufen und ist verpflichtet, das Verbrauchsgut innerhalb von acht Tagen auszutauschen, sofern der Mangel die bestimmungsgemäße Verwendung verhindert. Ist ein Austausch nicht möglich, so hat das Unternehmen dem Verbraucher den auf dem Garantieschein oder – in dessen Ermangelung – auf dem vom Verbraucher vorgelegten Zahlungsbeleg (Rechnung oder Quittung gemäß Umsatzsteuergesetz) angegebenen Kaufpreis unverzüglich zu erstatten.

8.18. Welche weiteren Anforderungen können als Voraussetzung für die Ausübung der Garantierechte gestellt werden?

Besondere Anforderungen (z. B. regelmäßige Überprüfung) können dem Verbraucher zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Inbetriebnahme oder des ordnungsgemäßen Betriebs des Verbrauchsgutes auferlegt werden, sofern die ordnungsgemäße Inbetriebnahme oder der ordnungsgemäße Betrieb nicht auf andere Weise gewährleistet werden kann und die Erfüllung dieser Anforderungen für den Verbraucher keine unverhältnismäßige Belastung darstellt.

9. VERFAHRUNG BEI EINEM GEWÄHRLEISTUNGSANSPRUCH (BEI BENUTZERN, DIE ALS VERBRAUCHER GELTEN)

- 9.1. In einem Vertrag zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmen darf die Vereinbarung der Parteien zum Nachteil des Verbrauchers von den Bestimmungen der Verordnung nicht abweichen.
- 9.2. Der Verbraucher ist verpflichtet, den Vertragsschluss zu beweisen (durch Rechnung, oder auch Quittung).
- 9.3. Die Kosten im Zusammenhang der Erfüllung des Gewährleistungspflichtes belasten den Dienstleister (§ 6:166. BGB).
- 9.4. Der Dienstleister ist verpflichtet, über den bei ihm gemeldeten Gewährleistungs- und Garantieanspruch ein Protokoll zu erstellen.
- 9.5. Die Kopie des Protokolls muss für den Verbraucher unverzüglich und beweisbar bereitzustellen.
- 9.6. Wenn der Dienstleister über die Erfüllbarkeit des Gewährleistungs- und Garantieanspruches des Verbrauchers bei der Bekanntmachung nicht erklären kann, soll er den Verbraucher über seinen Standpunkt – im Fall von Ablehnung über den Grund der Ablehnung und die Möglichkeit der Beanspruchung eines Friedensgremiums – innerhalb von 5 Arbeitstagen beweisbar informieren.
- 9.7. Der Dienstleister ist verpflichtet, das Protokoll 3 Jahre lang ab Erstellung zu bewahren und dies auf Anforderung der Kontrollbehörde bekanntzumachen.
- 9.8. Der Dienstleister muss danach streben, dass die Reparatur oder der Tausch innerhalb von höchstens 15 Tagen vorgenommen wird. Wenn die Dauer der Reparatur oder des Tausches länger als 15 Tage dauert, soll der Dienstleister den Verbraucher über die voraussichtliche Dauer informieren. Die Mitteilung erfolgt im Fall der vorherigen Zustimmung des Verbrauchers elektronisch, oder auf eine andere Weise, die geeignet ist, den Empfang durch den Verbraucher zu beweisen.

10. GEMISCHTE BESTIMMUNGEN

10.1. Der Dienstanbieter ist berechtigt, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen einen Vermittler in Anspruch zu nehmen. Der Diensteanbieter haftet in vollem Umfang für ein rechtswidriges Verhalten des Vermittlers, als hätte der Diensteanbieter das rechtswidrige Verhalten selbst begangen.

10.2. Sollte irgendwelcher Teil dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen ungültig, rechtswidrig oder nicht durchsetzbar werden, wird die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Teile davon nicht berührt.

10.3. Sollte der Dienstleister sein gemäß diesen Geschäftsbedingungen zustehendes Recht nicht ausüben, so gilt es nicht als Verzicht auf dieses Recht. Ein Verzicht auf irgendwelches Recht ist nur mit einer ausdrücklichen, schriftlichen Erklärung möglich, gültig, die sich darauf bezieht. Die Tatsache, dass der Dienstleister auf einer wesentlichen Bedingung oder Klausel der Allgemeinen Geschäftsbedingungen einmal nicht streng besteht, bedeutet nicht, dass er sich auf sein Recht verzichtet, dass diese Bedingung oder Klausel später streng eingehalten wird.

10.4. Der Dienstleister und der Benutzer versuchen ihre Streitsachen friedlich beizulegen.

10.5. Die Parteien stellen fest, dass sich der Webshop des Dienstleisters in Ungarn befindet und die Wartungsarbeiten werden sogar hier ausgeführt. Da die Seite sogar in anderen Ländern zu besichtigen ist, bemerken die Parteien ausdrücklich, dass in der Beziehung zwischen dem Benutzer und dem Dienstanbieter ungarisches Recht geltend ist. Sollte der Benutzer ein Verbraucher sein, ist für Streitsachen, die sich aus diesem Vertrag ergeben, gemäß Absatz 1 § 26. des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschließlich des wohnortmäßigen Gerichts des Beklagten im Inland zuständig.

10.6. Der Dienstleister verwendet in Bezug auf den Zugang der Produkte im Webshop keine abweichenden allgemeinen Bedingungen bezüglich der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes oder des Siedlungsplatzes des Benutzers.

10.7. Der Dienstleister verwendet – bezüglich der von ihm angenommenen Zahlungsmethoden – keine abweichenden Bedingungen im Zusammenhang der Bezahlung, auf Grund der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes oder Siedlungsplatzes, des Kontoführungsinstituts von seinem Zahlungskonto, der Niederlassung vom Kontoführungsinstitut oder des Ortes der Ausgabe eines Bargeldersatz-Zahlungsinstruments innerhalb der Europäischen Union.

10.8. Der Diensteanbieter hält die VERORDNUNG (EU) 2018/302 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Dezember 2018 zur Bekämpfung ungerechtfertigter, territorialer Beschränkungen von Inhalten und anderer Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsorts des Kunden im Binnenmarkt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der

Richtlinie 2009/22/EG ein.

11. BEARBEITUNG VON BESCHWERDEN (BEI BENUTZERN, DIE ALS VERBRAUCHER GELTEN)

11.1. Der Dienstleister ist bestrebt, alle Aufträge zur vollen Zufriedenheit des Kunden und in zufriedenstellender Qualität zu erfüllen. Wenn der Nutzer dennoch eine Beschwerde über den Vertrag oder seine Erfüllung hat, kann er dies telefonisch, per E-Mail oder per Brief mitteilen.

11.2. Der Dienstleister wird der mündlichen Beschwerde unverzüglich nachgehen und, falls erforderlich, leistet Hilfe. Ist der Kunde mit der Bearbeitung der Beschwerde nicht einverstanden oder ist es nicht möglich, die Beschwerde sofort zu untersuchen, nimmt der Dienstleister unverzüglich ein Protokoll über die Beschwerde und seinen Standpunkt zu der Beschwerde auf und stellt dem Kunden eine Kopie des Protokolls zur Verfügung.

11.3. Der Dienstleister muss die schriftliche Beschwerde innerhalb von 30 Tagen beantworten. Die Ablehnung der Beschwerde wird begründet. Der Diensteanbieter bewahrt das Protokoll über die Beschwerde und eine Kopie der Antwort drei Jahre lang auf und macht auf Anforderung der Kontrollbehörden bekannt.

11.4. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Sie sich im Fall der Ablehnung Ihrer Beschwerde an eine Behörde oder ein Friedensgremium wenden dürfen, wie unten beschrieben:

11.5. Der Verbraucher kann sich mit einer Beschwerde an die Verbraucherschutzbehörde wenden:

Gemäß Artikel 45/A (1) - (3) des Verbraucherschutzgesetzes und dem Regierungsdekret Nr. 387/2016 (2. Dezember 2016) über die Benennung der Verbraucherschutzbehörde fungiert das Regierungsbüro als allgemeine Verbraucherschutzbehörde: <https://www.kormanyhivatal.hu/hu/elerhetosegek>

11.6. Der Verbraucher kann sich bei Beschwerde an Friedensgremien wenden, deren Kontaktdaten hier zu finden sind:

Name der Friedensgremium	Registrierte Büroadresse der Friedensgremium	Zuständigkeit
Friedensgremium der Stadt Budapest	Budapest Friedensgremium der Stadt Budapest Adresse: 99. Krisztina Ring, 1016 Budapest Telefon: (1) 488-2131 Fax: (1) 488-2186 Vorsitzende: Dr. Inzelt Éva Veronika Web: https://bekeltet.bkk.hu/ E-Mail: bekelteto.testulet@bkk.hu	Budapest
Friedensgremium des Komitats Baranya	Pécs Friedensgremium des Komitats Baranya Adresse: 36. Majorossy Imre Str., 7625 Pécs Telefon: (72) 507-154; (20) 283-3422 Fax: (72) 507-152 Vorsitzender: Dr. Bércesi Ferenc Web: www.baranyabekeltetes.hu E-Mail: info@baranyabekeltetes.hu ; kerelem@baranyabekeltetes.hu	Baranya Bezirk, Somogy Bezirk, Tolna Bezirk
Friedensgremium des Komitats Borsod-Abaúj-Zemplén	Miskolc Friedensgremium des Komitats Borsod-Abaúj-Zemplén Adresse: 1. Szentpáli Str., 3525 Miskolc Telefon: (46) 501-091 (Neue Fälle); 501-871 (anhängige Fälle) Vorsitzender: Dr. Tulipán Péter Web: www.bekeltetes.borsodmegye.hu E-Mail: bekeltetes@bkk.hu	Borsod-Abaúj-Zemplén Bezirk, Heves Bezirk, Nógrád Bezirk
Friedensgremium des Komitats Csongrád-Csanád	Szeged Friedensgremium des Komitats Csongrád-Csanád Adresse: 8-12. Párizsi Ring, 6721 Szeged Telefon: (62) 554-250/Nebenstalle 118 Fax: (62) 426-149 Vorsitzender: Dr. Horváth Károly Web: www.bekeltetes.csongrad.hu E-Mail: bekelteto.testulet@csmkik.hu	Békés Bezirk, Bács-Kiskun Bezirk, Csongrád-Csanád Bezirk
Friedensgremium des Komitats Fejér	Székesfehérvár Friedensgremium des Komitats Fejér Adresse: 4-6. Hosszúréta Platz, 8000 Székesfehérvár Telefon: (22) 510-310 Fax: (22) 510-312 Vorsitzender: Dr. Vári Kovács József Web: www.bekeltetesfejér.hu E-Mail: bekeltetes@fmkik.hu ; fmkik@fmkik.hu	Fejér vármegye, Komárom-Esztergom Bezirk, Veszprém Bezirk

Friedensgremium des Komitats Győr-Moson-Sopron	Győr Friedensgremium des Komitats Győr-Moson-Sopron Adresse: 10/a Szent István Str., 9021 Győr Telefon: (96) 520-217 Vorsitzende: Dr. Bagoly Beáta Web: https://gymsmkik.hu/bekelteto E-Mail: bekelteto@gymsmkik.hu	Győr-Moson-Sopron Bezirk,
		Vas Bezirk,
		Zala Bezirk
Friedensgremium des Komitats Hajdú-Bihar	Debrecen Friedensgremium des Komitats Hajdú-Bihar Standort: 4025 Debrecen, Petöfi tér 10. Verwaltungsort: 13-15. Vörösmarty Str., 4025 Debrecen Telefon: (52) 500-710; (52) 500-745 Fax: (52) 500-720 Vorsitzender: Dr. Hajnal Zsolt Web: https://www.hbmbekeltetes.hu E-Mail: bekelteto@hbmkik.hu	Jász-Nagykun-Szolnok Bezirk,
		Hajdú-Bihar Bezirk,
		Szabolcs-Szatmár-Bereg Bezirk
Friedensgremium des Komitats Pest	Budapest Friedensgremium des Komitats Pest Standort: 59-61. Etele Str., 1119 Budapest, Etage II, Raum 240. Anschrift: 1364 Budapest, Pf. 61 Telefonnummer: (1)-269-0703 Faxnummer: (1)-269-0703 Vorsitzender: Dr. Koncz Pál Web: www.pestmegyeibekelteto.hu ; www.panaszrendezes.hu E-Mail: pmbekelteto@pmkik.hu	Pest Bezirk

11.7. Zum Geltungsbereich des Friedensgremiums gehört die außergerichtliche Regelung der Verbraucherrechtsstreitigkeiten. Die Aufgabe des Friedensgremiums ist, zwischen den Parteien zwecks der Regelung der Rechtsstreitigkeit die Einheit zu erzeugen, im Fall von Ergebnislosigkeit der Regelung in der Angelegenheit Entscheidung zu treffen, um die Verbraucherrechte einfach, schnell, wirksam und kostengünstig zu sichern. Das Friedensgremium berät auf Antrag des Verbrauchers oder des Dienstleisters im Zusammenhang der Verbraucherrechte und der Verbraucherverpflichtungen.

11.8. Im Fall von einer grenzübergreifenden Rechtsstreitigkeit im Zusammenhang einem Online Kauf- oder Dienstleistungsvertrag ist das Friedensgremium zuständig, das von der Kammer betrieben wird, die von dem für den Verbraucherschutz zuständigen Minister per Erlass bestimmt wurde.

11.09. Der Dienstleister ist während dem Verfahren des Friedensgremiums verpflichtet, mitzuwirken. Im Rahmen der Mitwirkung ist er verpflichtet, seine Antwort für das Friedensgremium zu versenden und zu sichern, dass eine berechtigte Person, die für die Erzeugung der Vereinbarung zuständig ist, an der Verhandlung teilnimmt. Wenn der Standort oder Betriebsstätte des Unternehmens nicht im Komitat der Kammer verzeichnet ist, die das zuständige Friedensgremium betreibt, dehnt die Mitwirkungsverpflichtung des Unternehmens aus, gemäß den Verbraucheransprüchen nur eine schriftliche Vereinbarung anzubieten.

11.10. Sollte sich der Verbraucher nicht an das Friedensgremium wenden, oder das Verfahren erfolglos war, hat sich der Verbraucher die Möglichkeit an das Gericht zu wenden, um die Rechtsstreitigkeit anzuordnen. Der Prozess soll mit einer Klageschrift eingerichtet werden, in der die folgenden Informationen vermerkt werden sollen:

- das verfahrende/zuständige Gericht;
- die Namen, den Wohnsitz und den Standpunkt der Parteien oder ihrer Vertreter;
- das Recht, das geltend gemacht werden soll, mit der Darstellung der Tatsachen und Beweise, die dafür als Grund gelten;
- die Angaben, aus denen sich die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des Gerichts ergibt;
- den ausdrücklichen Antrag für die Gerichtsentscheidung.

Der Klageschrift ist das Dokument oder eine Kopie des Dokuments beizufügen, auf

dessen Inhalt sich die Klageschrift als Beweis bezieht.

12. URHEBERRECHTE

12.1. Da es sich bei der <https://www.kartonagefranz.at>-Website um ein urheberrechtlich geschütztes Werk handelt, ist es verboten, den Inhalt der <https://www.kartonagefranz.at>-Website oder Teile davon ohne schriftliche Zustimmung des Diensteanbieters herunterzuladen (zu vervielfältigen), öffentlich wiederzugeben, anderweitig zu nutzen, elektronisch zu speichern, zu verarbeiten und zu verkaufen. Der Nutzer kann jedoch die AGB und die Datenschutzerklärung herunterladen und in beliebiger Form ohne jegliche Bedingungen oder Einschränkungen speichern.

12.2. Von der <https://www.kartonagefranz.at> Webseite oder aus seiner Datenbank ist es nur im Fall erlaubt, irgendwelche Materialien zu übernehmen, auch wenn es schriftlich zugesagt wurde, und, wenn man sich auf die Webseite bezieht.

12.3. Der Diensteanbieter behält sich alle Rechte an allen Elementen seines Dienstes, seinen Domainnamen, den daraus gebildeten sekundären Domainnamen und seinen Internet-Werbeflächen vor.

12.4. Es ist verboten, den Inhalt der <https://www.kartonagefranz.at> Webseite oder einige Teile davon zu übernehmen oder zu entschlüsseln, Benutzernamen und Passwörter gewissenlos zu registrieren oder jegliche Anwendung zu verwenden, durch die jegliche Teile der <https://www.kartonagefranz.at> Webseite zu ändern oder zu optimieren sind.

12.5. Der Name <https://www.kartonagefranz.at> ist urheberrechtlich geschützt und darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Diensteanbieters zu keinem anderen Zweck als Referenz verwendet werden.

12.6. Der Nutzer nimmt zur Kenntnis, dass der Diensteanbieter im Falle einer unerlaubten Nutzung zu einer Vertragsstrafe berechtigt ist. Die Höhe der Strafe beträgt 200 EUR brutto pro Bild und 80 EUR brutto pro Wort. Der Nutzer erkennt an, dass diese Strafe nicht übermäßig hoch ist, und besucht die Website in diesem Sinne. Im Falle einer Urheberrechtsverletzung wird der Diensteanbieter eine notarielle Bescheinigung beantragen, deren Betrag ebenfalls dem verletzenden Nutzer in Rechnung gestellt wird.

13. DATENSCHUTZ

Die Datenschutzerklärung der Webseite ist auf der folgenden Seite zu erreichen:
<http://www.kartonagefranz.at/adatvedelem>

Widerrufserklärungsmuster

(Bitte nur im Fall von einer Widerrufsabsicht ausfüllen und zurücksenden!)

Adressat/Adressatin:

Hiermit widerrufe ich den von mir abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgende(n) Ware(n):

Bestelldatum / Empfangsdatum:

Name des/der Verbraucher(s):

Adresse des/der Verbraucher(s):

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei schriftlicher Mitteilung):

Datum: